

-2-

Erinnerungs-Vormerk des
Raab erklärt

Über die Parteienbesprechung am 11. Juni 1956, von
9 bis 10.15 Uhr.

Anwesend: Raab, Gorbach, Kemitz, Weinberger, Kraus, Köck,
später Maleta; am 10 Uhr.
Schärf, Helmer, Waldbrunner, Pittermann, Jonas.

Raab überreicht eine Neufassung (Datum 11.6.56) des Memorandums
der Volkspartei.

Auf Fragen stellt er fest, dass beim Justizministerium ge-
meint sei, nicht „neutral“, sondern sozialistisch.

Im grossen und ganzen werden Fragen des Heerwesens, des
Rundfunks und der verstaatlichten Betriebe in den Vorder-
grund gestellt, über die Ölangelegenheit soll noch ein
weiteres Memorandum kommen.

Wir wenden uns gegen das Dreinrederecht der volkspartei-
lichen Staatssekretäre insbesondere beim Heer; worauf Raab
und Gorbach meinen, man sollte die Rechte der Staatssekre-
täre allgemein, d.h. für alle Ressorts gültig umschreiben.
Wir verlangen Diskussion auch des sozialistischen Vor-
schlages; Raab erklärt sich dabei grundsätzlich mit der
Bildung der Koalitionsausschüsse einverstanden.

Wir verlangen, dass über das Budget nicht der Finanz-
minister, sondern das Koalitionskomitee entscheide. Raab
dagegen, doch lenkt er ein.

Köck führt den Vorschlag der Volkspartei zu den verstaatlichten
Betrieben aus, er lehnt strafgesetzliche Bestimmungen ab,
er will nicht dem Hauptausschuss, sondern den Parteien
Vorschlagsrechte erteilen.

In der Debatte macht Schärf die Bemerkung, die Volkspartei
könne doch nach dem Votum der Wähler nicht eine Koalition mit
der FPÖ bilden. Darauf wird Raab lebhaft und erklärt, er könne
wohl eine Koalition gegen uns bilden und wenn kein anderer
Ausweg da sei, denke er auch daran. Wir widersprechen dieser
Möglichkeit.

Raab erklärt schliesslich, dass die Vorschläge über das Erdöl noch erfolgen würden, am 11. Juni 1956, von 9 bis 10.15 Uhr.

Um 10.15 Uhr wird Schluss gemacht. Die nächste Sitzung am Mittwoch, den 13. VI. um 10 Uhr.
Scharf, Helmer, Waldbrunner, Pittermann, Jonas.

Raab überreicht eine Neufassung (Datum 11.6.56) des Memorandums der Volkspartei.

Auf Fragen stellt er fest, dass beim Justizministerium gemeint sei, nicht „neutral“, sondern sozialistisch.

In grossen und ganzen werden Fragen des Reservens, der Rundfunk und der verstaatlichten Betriebe in den Vordergrund gestellt. Über die Ölangelegenheit soll noch ein weiteres Memorandum kommen.

Wir wenden uns gegen das Dreinrederecht der volksparteilichen Staatssekretäre insbesondere beim Meer; vorauf Raab und Gerlach meinen, man sollte die Rechte der Staatssekretäre allgemein, d.h. für alle Ressorts gültig umschreiben. Wir verlangen Diskussion auch des sozialistischen Vorschlages; Raab erklärt sich dabei grundsätzlich mit der Bildung der Koalitionskommission einverstanden.

Wir verlangen, dass über das Budget nicht der Finanzminister, sondern das Koalitionskomitee entscheide. Raab dagegen, doch lenkt er ein.

Köck führt den Vorschlag der Volkspartei an den verstaatlichten Betrieben aus, er lehnt strafgesetzliche Bestimmungen ab, er will nicht den Hauptausschuss, sondern den Parteien Vorschlagsrechte erteilen.

In der Debatte macht Scharf die Bemerkung, die Volkspartei könne doch nach dem Fortus der Wähler nicht eine Koalition mit der FPÖ bilden. Darauf wird Raab lebhaft und erklärt, er könne wohl eine Koalition gegen uns bilden und wenn kein anderer Ausweg da sei, denke er auch daran. Wir widersprechen dieser Möglichkeit.